



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gisela Sengl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Studie zu den Auswirkungen eines Abkommens zwischen der EU und den Mercosur-Staaten auf Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, welche die Chancen und Risiken eines Handelsabkommens zwischen der EU und den Mercosur-Staaten auf Bayern untersucht. Der Schwerpunkt der Studie soll auf den Bereichen bayerischer Agraraußenhandel und bayerischer Außenhandel liegen. In einem dritten Teil sollen die Folgen für Umwelt und Klima sowie soziale Auswirkungen sowohl in Bayern als auch in den Mercosur-Staaten näher beleuchtet werden.

Begründung:

Seit Juni 2019 sind die Gespräche zwischen der EU und den Mercosur-Staaten zu einem gemeinsamen Handels- und Assoziierungsabkommen abgeschlossen. In seiner jetzigen Form ist das Abkommen jedoch weder mit den Klimazielen der EU noch mit fairem Wettbewerb und Menschenrechtsstandards vereinbar. Die Klimakrise hat grenzüberschreitende Folgen, und von dem Abkommen sind nicht nur die südamerikanischen Regenwälder betroffen, sondern auch Bayern.

Laut einer umfangreichen Folgenabschätzung der London School of Economics (LSE) bringt das Abkommen nur minimale wirtschaftliche Gewinne für die europäischen Staaten, dafür aber einen rasanten Anstieg der Fleischimporte vor allem aus Brasilien. Das Bruttoinlandsprodukt in der EU würde nach Auffassung des LSE lediglich um 0,1 Prozent steigen. Auch die globalen Handelsflüsse würden sich kaum verändern.

Gerade angesichts dieser Ergebnisse ist es wichtig, mögliche Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft, die Landwirtschaft sowie Schäden für Umwelt und Klima frühestmöglich zu eruieren und bereits vorhandene Studien um eine regionale Perspektive zu ergänzen.